

Stadt Heidelberg

AntragNr.:
0 0 5 8 / 2 0 2 3 / A N

Antragsteller: LINKE
Antragsdatum: 23.05.2023

Federführung:
Dezernat V, Bürger- und Ordnungsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Kommunales Wahlrecht für alle - Beitritt zur Städte-
Erklärung "Unsere Städte, unsere Stimmen"**

Antrag

Beschluslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 22. November 2023

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	29.06.2023	Ö		
Migrationsbeirat	05.10.2023	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	25.10.2023	Ö		
Gemeinderat	15.11.2023	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 29.06.2023

Ergebnis: verwiesen in den Migrationsbeirat

Sitzung des Migrationsbeirates vom 05.10.2023

Ergebnis: behandelt

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.10.2023

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 15.11.2023

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0058/2023/AN

Briefkopf des Antragstellers:

Fraktion DIE LINKE

Sahra Mirow (Fraktionsvorsitzende)

Bernd Zieger

Zara Kiziltas

Mail: gemeinderat@dielinke-hd.de

Tel: 06221-3629562



An

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Eckart Würzner

Stadt Heidelberg

Rathaus | 69117 Heidelberg

Mail: 01-Sitzungsdienste@heidelberg.de

Heidelberg, 23.05.2023

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen wir gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

Kommunales Wahlrecht für alle - Beitritt zur Städte-Erklärung "Unsere Städte, unsere Stimmen"
Wir beantragen den Beitritt Heidelbergs zur Städte-Erklärung "Unsere Städte, unsere Stimmen", die ein kommunales Wahlrecht für alle Einwohner und Einwohnerinnen, unabhängig von ihrer Herkunft, einfordert – ähnlich der Beschlussvorlage des Gemeinderats Mannheim (siehe V456/2022, Stadt Mannheim).

Begründung:

Viele unserer Einwohner besitzen keine EU-Staatsbürgerschaft und dürfen nicht wählen. So wird ein großer Teil unserer Bevölkerung durch die städtischen Gremien nicht repräsentiert, obwohl in ihnen wichtige Entscheidungen für sie getroffen werden.

Das europäische Netzwerk "Voting Rights for ALL Residents" hat zu diesem Thema und eine Städte-Erklärung "Unsere Städte, unsere Stimmen" verfasst, die bereits von einigen deutschen Kommunen – darunter Mannheim und jüngst Freiburg – unterzeichnet wurde. Damit auch unsere Stadt ein klares politisches Signal nach Berlin sendet, beantragen wir einen Beitritt Heidelbergs zur Städte-Erklärung.

In der Erklärung heißt es unter anderem:

"Wir als unterzeichnende Städte wollen mehr Demokratie in unseren Städten und befürworten die politische Beteiligung aller unserer Bürger*innen - unabhängig vom Pass. Seit mehr als 25 Jahren sind Bürger*innen mit EU-Pass als Wähler*innen und Stadträt*innen aktiv. Das kommunale Wahlrecht für die gesamte Stadtbevölkerung stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt, Zugehörigkeit und unsere Demokratie. Partizipation auf Augenhöhe ist die demokratische Antwort auf Rechtsnationalismus und Ausgrenzung.

Wir plädieren mit dieser Erklärung für die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen in unseren Ländern, die alle Bürger*innen in unseren Städten mit den gleichen demokratischen Beteiligungsrechten ausstattet und sie zu „Gleichen unter Gleichen“ macht. In 14 von 27 EU-Staaten ist dies bereits unaufgeregte Praxis."

gezeichnet Fraktion DIE LINKE